

## EU will Zulassung von Glyphosat um 15 Jahre verlängern

Deutsche Wirtschafts Nachrichten

25.02.16

Für Monsanto deutet sich ein Erfolg in Europa an: Die EU-Kommission will das von der WHO als krebserregend eingestufte Pflanzengift Glyphosat für weitere 15 Jahre zulassen. Die Grünen warnen vor der Entscheidung.



Monsanto könnte erneut der Durchbruch in Europa gelingen. (Foto: Noticias Masverde)

Die EU-Kommission will die Zulassung des umstrittenen Pflanzengifts Glyphosat um 15 Jahre verlängern. Darauf wies der agrarpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Europaparlament, Martin Häusling, am Mittwoch in Brüssel laut AFP hin. Aus Kreisen der Kommission verlautete, die Entscheidung werde am 7. und 8. März in einem Ausschuss zusammen mit Experten und Vertretern der EU-Mitgliedstaaten fallen.

Mit der Verlängerung der Zulassung bis 2031 verstoße die EU-Kommission gegen das Vorsorge-Prinzip und werfe „alle Bedenken von Wissenschaftlern über Bord“, kritisierte Häusling. „Die EU-Kommission hat offenbar nicht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger im Blick, sondern die Interessen der Agrarindustrie wie die des Herstellers des Pestizids, Monsanto“, bemängelte Häusling. Seinen Angaben zufolge soll die Wiederzulassung „weitgehend ohne Mengen- und Anwendungsbeschränkung“ erfolgen.

Glyphosat ist welt- und deutschlandweit einer der am meisten eingesetzten Wirkstoffe in Unkrautvernichtungsmitteln und das am weitesten verbreitete Pflanzengift. Das Mittel ist seit vielen Jahren umstritten. Umweltschützer halten den Stoff für hochgiftig und fordern seit Jahren ein Verbot von Glyphosat.

Die Zulassung in Europa läuft im Sommer aus. Die Grünen fordern von der Bundesregierung, der Wiederzulassung nicht zuzustimmen, und wollen dazu am Donnerstag einen entsprechenden Antrag im Bundestag zur Abstimmung bringen.

„Gerade Deutschland muss jetzt bremsen in Brüssel“, forderte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Harald Ebner. Er appellierte vor allem an die SPD, für den Antrag seiner Partei zu stimmen. So könne die Partei zeigen, dass sie es ernst meine „mit ihren glyphosatkritischen Äußerungen der letzten Tage und Wochen“.

Die EU-Kommission stützt sich auf eine Stellungnahme der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa), die das Mittel im vergangenen November als wahrscheinlich nicht krebserregend beurteilte. Kritiker warnen dagegen seit Jahren vor möglichen Gesundheitsgefahren durch Glyphosat. Sogar die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) hat eine Gefährdung festgestellt. Die zur Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehörende Agentur urteilte im März 2015, dass Glyphosat „wahrscheinlich krebserzeugend bei Menschen“ sei.